



Scott H. Krause

VORPOSTEN DER FREIHEIT

*Remigranten an der Macht
im geteilten Berlin (1940-1972)*

Willy Brandt -
Studien und Dokumente

BUNDESKANZLER
WILLY BRANDT STIFTUNG



campus

Vorposten der Freiheit

Willy Brandt – Studien und Dokumente

Band 2

Herausgegeben von der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Scott H. Krause, Dr. phil., ist Historiker und Kurator. Er leitet seit 2022 das Willy-Brandt-Forum Unkel. Er ist zudem Mitherausgeber von »Cold War Berlin: Confrontations, Cultures and Identities« (2021).

Scott H. Krause

Vorposten der Freiheit

Remigranten an der Macht im geteilten Berlin
(1940–1972)

Aus dem Englischen von Sabine Bartel

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Die englische Originalausgabe erschien 2019 bei Routledge Press unter dem Titel
»Bringing Cold War Democracy to West Berlin, 1940–1972: A Shared German-American Project«.

ISBN 978-3-593-51514-4 Print

ISBN 978-3-593-44988-3 E-Book (PDF)

ISBN 978-3-593-44989-0 E-Book (EPUB)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Copyright © 2022. Alle deutschsprachigen Rechte bei Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: Blick auf den Platz der Republik während der Ansprache des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt vor über einer halben Million Berlinerinnen und Berliner aus West und Ost, aufgenommen am 1.5.1959 unmittelbar an der Grenze zum sowjetischen Sektor (im Hintergrund die Ruine des ehemaligen Reichstags und davon rechts das Brandenburger Tor) © picture-alliance / dpa (Fotograf: Konrad Giehr)

Satz: le-tex transpect-typesetter, Leipzig

Gesetzt aus der Alegreya

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Beltz Grafische Betriebe ist ein klimaneutrales Unternehmen (ID 15985–2104-1001).

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Einleitung	9
Zum Forschungsstand	14
Eine epistemische Gemeinschaft	17
Quellen	19
Zum Aufbau des Buches	22
I. Berlin, Hauptstadt der Ruinen, 1945–1948	25
1. Entscheidungen in Potsdam, Juli 1945	28
2. Berlin, eine sowjetische Kriegstrophäe	31
3. Konkurrierende Narrative der Berliner Nachkriegszeit	35
4. Streit um die Demokratie	45
5. Eskalation, 1947/48	55
II. Die Ursprünge des Vorposten-Netzwerks, 1933–1949	63
1. Die Zersplitterung der deutschen Linken, 1932–1941	64
2. Kriegsexil in New York, 1941–1949	78
3. Die Ursprünge des Vorposten-Netzwerks	85
4. Die Neuformierung des Netzwerks in West-Berlin	96
III. Die Popularisierung des Freiheitsnarrativs, 1948–1953	113
1. Die Luftbrücke als Verkörperung des Freiheitsnarrativs	116
2. Shepard Stones Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit	124
3. Der RIAS, das wichtigste Medienorgan des Netzwerks	135
4. Kampagnen für die <i>Cold War Democracy</i>	144
5. Kampagnen zur Erneuerung der Sozialdemokratie	154

IV. Dreifache Krise, 1953	167
1. An der Kulturfront des Kalten Krieges	169
2. Aufstand in Ost-Berlin	171
3. Die DDR und der RIAS	179
4. Der McCarthyismus erreicht West-Berlin	187
5. Reuters Tod und die Widerstandsfähigkeit des Netzwerks	198
6. 1953 als Wendepunkt	203
V. Brandts Aufstieg, 1954–1961	205
1. Brandt wird zur neuen Galionsfigur des Netzwerks	206
2. Brandt als SPD-Kandidat für ein neues West-Berlin	215
3. Die koordinierten Aktivitäten des Netzwerks	220
4. Die Stilisierung West-Berlins zur <i>Cold War Democracy</i>	233
VI. Akzeptanz und Neuinterpretation, 1961–1972	253
1. Der Mauerbau als Wendepunkt für Netzwerk und Narrativ ...	255
1. Etabliertes Narrativ, ernüchtertes Netzwerk	262
2. Politische Führung, Verschleierung der Exilvergangenheit	271
3. Alte Garde, neue Aktivisten	281
4. Berlin als Labor für Brandts Neue Ostpolitik	288
Schlussbetrachtung	293
Die Stadt	296
Das Narrativ	301
Das Netzwerk	306
Das Vermächtnis	312
Dank	317
Quellen und Literatur	321
Archive	321
Pressedienste, Zeitungen, Zeitschriften	323
Gedruckte Quellen und Literatur	323

Abbildungen	339
Glossar	341
Personenregister	347

Einleitung

Die sowjetische Blockade der westlichen Sektoren Berlins im Juni 1948 schockierte die dort lebende Bevölkerung und ihre amerikanischen Besatzer gleichermaßen.¹ Während die US-Behörden mit der Einrichtung einer Luftbrücke reagierten, konzentrierte sich der Regierende Bürgermeister Ernst Reuter darauf, die Moral seiner Wählerschaft aufrechtzuerhalten. In einer Rede vor fast 300.000 Menschen bei einer Protestkundgebung am 9. September 1948 stellte er Berlins Westsektoren als einen »Vorposten der Freiheit« im Kampf gegen »die Macht der Finsternis« dar und verlieh den alltäglichen Nöten und Kämpfen der Bewohner auf diese Weise eine heroische Dimension. Mehr noch, mit den Worten »Schaut auf diese Stadt!« richtete er einen dringenden Appell an »die Völker der Welt« im Allgemeinen und an die in Nordamerika im Besonderen, Berlin als ein Beispiel demokratischen Widerstands gegen totalitäre Ambitionen zu betrachten.²

1 Die deutschsprachige Fassung übersetzt die englischsprachige Genderambiguität mit dem generischen Maskulinum. Weibliche und anderweitige Geschlechteridentitäten werden dabei ausdrücklich mitgemeint, soweit es für die Aussage erforderlich ist.

In einer gespaltenen Stadt erstreckten sich politische Deklarationen auch auf die Ortsnamen. Im bundesdeutschen Sprachgebrauch wurde vorrangig die Bezeichnung »Berlin (West)« zur Betonung der politisch verursachten Spaltung Gesamtberlins benutzt, bevor man sich für das griffigere »West-Berlin« entschied. Die entsprechenden Stellen in der DDR bestanden auf »Westberlin«, um den separaten Status der westlichen Sektoren zu betonen. »Ost-Berlin« wiederum bezieht sich auf den 1945 geschaffenen sowjetischen Sektor, der von den sowjetischen Behörden und deutschen Kommunisten als »demokratischer Sektor« bezeichnet wurde, bevor ihm mit der Umbenennung in »Berlin, Hauptstadt der DDR« ein neuer Stempel aufgedrückt wurde. In diesem Buch benutze ich den Begriff »Berlin« in seiner heutigen Bedeutung als ganz Berlin in den durch das 1920 verabschiedete Groß-Berlin-Gesetz festgelegten Grenzen, durch das die Stadt zu einem Gebilde zusammengefasst wurde. Diese Grenzen decken sich überwiegend mit denen des heutigen Landes Berlin im wiedervereinigten Deutschland.

2 Ernst Reuter: Rede auf der Protestkundgebung vor dem Reichstagsgebäude am 9. September 1948 gegen die Vertreibung der Stadtverordnetenversammlung aus dem Ostsektor, in: Hans E. Hirschfeld/Hans Joachim Reichhardt (Hrsg.), Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 3, West-Berlin 1974, S. 477 ff.

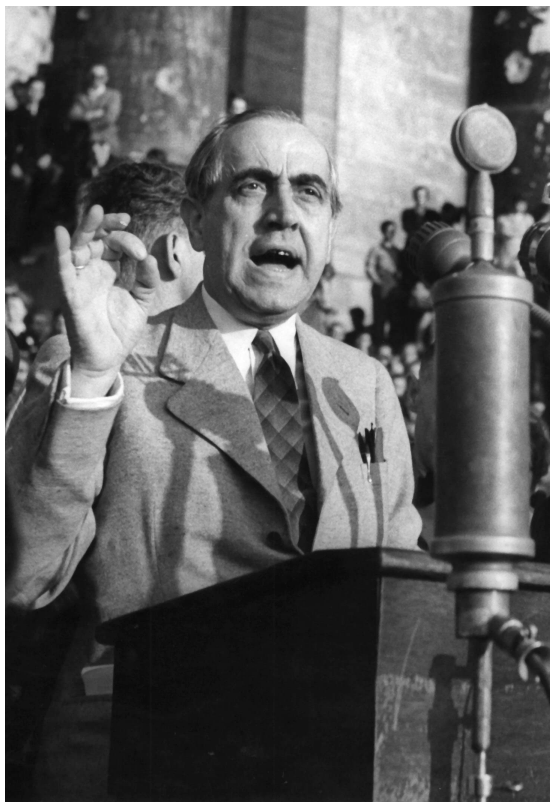


Abb. 1: Ernst Reuter vor der Ruine des Reichstags, 1948
Quelle: Sammlung Telegraf © Archiv der sozialen Demokratie

Aber im Jahr 1948 war Berlin ein denkbar unwahrscheinlicher Ort für solcherlei Inspiration. Die Stadt, von der Reuter sprach, war eine Teilstadt unter Belagerung. Das »Bollwerk« bestand aus Trümmern: Erst drei Jahre zuvor war die Hauptstadt des »Tausendjährigen Reiches« in apokalyptischer Weise in sich zusammengebrochen. Es waren Befehle aus Berlin, die 1939 den Zweiten Weltkrieg entfesselt hatten; knapp sechs Jahre später, im April 1945, geriet die weitgehend zerstörte Stadt zum letzten europäischen Schlachtfeld dieses Krieges. Trotz der allgegenwärtigen Narben, die er hinterlassen hatte, lebten 1948 allein in den drei westlichen Sektoren Berlins 2,1 Millionen Menschen – die mit weitem Abstand größte Stadtbevölkerung Deutschlands.

Nach ihrem Sieg im Jahr 1945 richteten die sowjetischen Behörden umgehend eine Verwaltung ein – zur Unterstützung der Berliner Zivilbe-

völkerung, aber auch zur Förderung ihrer eigenen Interessen. Die UdSSR sicherte zu, die einstige nationalsozialistische Reichshauptstadt in Kooperation mit ihren amerikanischen, britischen und französischen Alliierten zu regieren, die ihre jeweiligen Sektoren im Juli besetzten. In den folgenden drei Jahren führten Differenzen zwischen den USA und der Sowjetunion über die Verwaltung der Stadt jedoch zu einer Verschärfung der Spannungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Scharmützel zwischen den beiden zunehmend verfeindeten linken Parteien in Berlin führten zu einer der ersten Konfrontationen des Kalten Krieges, dessen Frontlinie nun die Stadt durchzog. Im Juni 1948 schufen die Besatzungsmächte der drei Westsektoren das improvisierte gemeinsame Verwaltungsgebilde »West-Berlin« und schoben damit jeder weiteren administrativen Einmischung von sowjetischer Seite einen Riegel vor. Die UdSSR reagierte mit einer Blockade der lebenswichtigen Kohle- und Getreidelieferungen aus der im Entstehen begriffenen Bundesrepublik nach West-Berlin, um das provisorische Gemeinwesen auf seine Überlebensfähigkeit zu prüfen. Und so wurden die West-Berliner binnen weniger Jahre nicht nur mit den Folgen einer materiellen wie moralischen Kriegsniederlage konfrontiert, sondern überdies auch mit einer emotionalen Ablehnung des Kommunismus und zwei konkurrierenden politischen Visionen für den Wiederaufbau.

In dieser Gemengelage bildete Reuters Formulierung vom »Vorposten der Freiheit« das Fundament für ein weitgespanntes Narrativ, dessen Ziel und Zweck es war, die politische Kultur West-Berlins neu auszurichten. Jenes Narrativ motivierte die West-Berliner dazu, sich neu zu erfinden, nämlich als von allen Seiten bedrängte Verteidiger der liberalen Demokratie im Kalten Krieg. Diese neudefinierte Identität war in mehrerlei Hinsicht von Vorteil, denn sie verhalf den West-Berlinern zu politischer Relevanz im aufziehenden Kalten Krieg, bot ihnen eine Orientierungshilfe bei der Etablierung neuer politischer Rahmenbedingungen und schließlich auch eine willkommene Gelegenheit, das belastende Erbe der NS-Zeit in den Hintergrund zu drängen. Damit erwies sich dieses Freiheitsnarrativ als besonders anschlussfähig für die politischen Überzeugungen eines breiten Spektrums von West-Berlinern in der Nachkriegszeit. Aber das Bild der Rumpfstadt West-Berlin als Vorposten der Freiheit ließ sich nicht mit einem einzigen Lufttransport etablieren. Es musste nach und nach kulturell verankert werden.

Diese Transformation war keine logische Folge des Kalten Krieges, sondern das politische Projekt eines transnationalen Netzwerks linker Akti-

visten, das im Exil entstanden war. Während des Zweiten Weltkriegs hatte die gemeinsame Opposition gegen Hitler emigrierte deutsche Sozialdemokraten in engen Kontakt mit amerikanischen Linksliberalen gebracht. Im Nachkriegsberlin begegneten sich die beiden Gruppen wieder; beide waren entschlossen, sich dem Kommunismus zu widersetzen, und sie hofften für die Zukunft auf eine Linke, die Wahlen gewinnen konnte. Mitglieder dieses Remigranten-Netzwerks³ bekleideten wichtige Positionen in West-Berlins Politik- und Medieninstitutionen; unter ihnen befanden sich zentrale Figuren des Exils wie Ernst Reuter, sein Nachfolger Willy Brandt, der Koordinator von Marshallplan-Mitteln Paul Hertz und der Leiter des städtischen Presse- und Informationsamtes Hans E. Hirschfeld. Auf amerikanischer Seite bestand dieses Netzwerk unter anderem aus Shepard Stone, dem Leiter des Amtes für öffentliche Angelegenheiten unter Hochkommissar John J. McCloy, und Karl F. Mautner, dem US-Verbindungsoffizier im West-Berliner Rathaus. Dieses einzigartige Netzwerk von liberalen amerikanischen Besatzungsvertretern und aus dem Exil zurückgekehrten Sozialdemokraten konstruierte und popularisierte das Freiheitsnarrativ zur Förderung ihrer gemeinsamen politischen Ziele.

Das Netzwerk arbeitete im Stillen, propagierte das Narrativ vom »Vorposten der Freiheit« aber intensiv in der Öffentlichkeit. Dank der prominenten Positionen seiner Mitglieder war es in der Lage, beträchtliche Kräfte in der West-Berliner Stadtregierung, in den Medien und in den amerikanischen Besatzungsbehörden zu mobilisieren. Es gewann die Kontrolle über die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die dominierende politische Partei West-Berlins, und nutzte Berlins populärsten Radiosender, den von den Amerikanern betriebenen RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor) dazu, das Freiheitsnarrativ zu verbreiten. Das so etablierte Bild der Berliner als Verteidiger der Demokratie gegen die kommunistische Bedrohung trug der Halbstadt sowohl offene als auch verdeckte finanzielle Unterstützung seitens der amerikanischen Regierung ein und gipfelte in Präsident Kennedys triumphalem West-Berlin-Besuch von 1963.

3 In diesem Buch wird der Begriff »Remigranten« verwendet, um besonders hervorzuheben, dass diese zurückgekehrten Emigranten ihre Erfahrungen aus dem Ausland an die örtlichen Gegebenheiten in ihrem Herkunftsland anpassten; siehe dazu Arnd Bauerkämper: *Americanisation as Globalisation? Remigrés to West Germany after 1945 and Conceptions of Democracy. The Cases of Hans Rothfels, Ernst Fraenkel and Hans Rosenberg*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 49 (2004), Nr. 1, S. 153–170. Dieser Begriff vermeidet den falschen Gegensatz zwischen »Exil« und »Emigration« und betont stattdessen die Rolle der Emigranten und Remigranten als kulturelle Übersetzer.

Die Mitglieder des Netzwerks zogen vier politische Vorteile aus dem von ihnen propagierten Narrativ: Erstens brachte es die Haltung der US-amerikanischen wie auch der West-Berliner Regierung gegenüber der Sowjetunion und ihren Ost-Berliner Verbündeten im Kalten Krieg auf den Punkt. Zweitens bestärkte es die West-Berliner in ihrer Unterstützung antisowjetischer Politik, indem es ihnen moralische Glaubwürdigkeit und eine Grundlage für die Aufrechterhaltung ihres Antikommunismus unter dem simplen Schlagwort der »Freiheit« verschaffte. Drittens bot es den Remigranten eine Möglichkeit, die Rückkehr in ihr Heimatland zu rechtfertigen. Und viertens schließlich lieferte es einen Entwurf für die Demokratisierung Deutschlands, der auf den persönlichen Exilerfahrungen der Remigranten beruhte und sowohl sozialdemokratische Bürgerrechtsideale betonte, als auch einen Antikommunismus im Gewand des Antitotalitarismus in den Köpfen der Bevölkerung verankerte.

Dieses Buch zeichnet die Entstehung jenes Narrativs vom »Vorposten der Freiheit« nach, untersucht seine politischen Auswirkungen und beleuchtet das Netzwerk derjenigen deutsch-amerikanischen Exilheimkehrer, die es verbreiteten. Gezeigt wird dabei im Besonderen, auf welche Weise sich das Narrativ aus einer speziellen Deutung der vor-nationalsozialistischen Geschichte Berlins im 20. Jahrhundert heraus entwickelte. Darüber hinaus beleuchtet die Studie die Gründe für die Popularität und den Einfluss des Narrativs, das als kühne Behauptung begann, dann zu einer ambitionierten politischen Agenda ausgebaut wurde und schließlich zur griffigen Formel für eine erstaunliche Transformation geriet.

Eine Analyse jenes Narrativs vom Vorposten der Freiheit und seiner Verbreitung durch das transatlantische Netzwerk zwischen 1941 und 1972 eröffnet neue Perspektiven: Sie hebt die Rolle der Remigranten in der deutschen Nachkriegsgeschichte hervor, beleuchtet den politischen Einfluss informeller deutsch-amerikanischer Netzwerke und wirft einen eingehenden Blick auf West-Berlin als alternatives Labor der Demokratisierung in Deutschland. Eine Untersuchung dieses Prozesses berührt zwangsläufig auch weitgespanntere Entwicklungen der Nachkriegsgeschichte, darunter das Ausmaß, in dem die Deutschen demokratische Prinzipien verinnerlichten, das Vermächtnis und den Einfluss des Antikommunismus sowie die Frage, in welchem Maße sich liberal-demokratische politische Modelle exportieren und dauerhaft aufrechterhalten lassen.

Zum Forschungsstand

Diese Studie über West-Berlin in den ersten Jahrzehnten des Kalten Krieges knüpft an mehrere chronologisch und geografisch disparate historiographische Debatten an. Berlin gilt seit Langem als Symbol des Kalten Krieges, aber in einer Forschungsdiskussion, die bislang von politik- und diplomatiegeschichtlichen Ansätzen dominiert wurde, überdeckte die symbolische Komponente zwangsläufig die aktive Rolle der Stadtbewohner.⁴ So blieb die Bedeutung der von erbitterten Kontroversen geprägten Berliner Stadtpolitik unterbelichtet, die im Kalten Krieg zwar nach internationalen Vorgaben, aber mit viel Eigensinn und Verve agierte. Volker Berghahn und Michael Hochgeschwender haben die Rolle transnationaler Netzwerke während dieser Ära in ihren bahnbrechenden Studien über Shepard Stones weit gestreute Kontakte beziehungsweise den Kongress für kulturelle Freiheit aufgedeckt.⁵ Dieses Buch erweitert den Forschungsstand, indem es die Aktivitäten eines transnationalen Netzwerks mit Berlin als einem der Brennpunkte des Kalten Krieges analytisch verknüpft. Als Studie über den politischen Nutzen von popularisierten Narrativen liefert es einen Beitrag zur Erforschung der Kulturgeschichte des Kalten Krieges und seiner Auswirkungen.⁶

Das Remigranten-Netzwerk agierte in einem einzigartigen Stadtgebilde. West-Berlin war ein Brennpunkt globaler Konfrontation, die ehemalige Hauptstadt eines nicht mehr existierenden Nationalstaats und eine dynamische Metropole in Trümmern zugleich. Wenngleich die Forschung jedem dieser Aspekte für sich genommen bereits beträchtliche Aufmerksamkeit gewidmet hat, hat sie das dynamische – und allzu oft spannungsreiche – Zusammenspiel von globalen, nationalen und lokalen Faktoren bislang unterbewertet. So wird West-Berlin in Darstellungen der (bundes-)deutschen Nachkriegsgeschichte in der Regel isoliert als eine Großstadt unter vielen be-

4 Vgl. Timothy Garton Ash: *In Europe's Name. Germany and the Divided Continent*, New York 1993; John Lewis Gaddis: *The Cold War. A New History*, New York 2005; Bernd Stöver: *Der Kalte Krieg 1947–1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters*, München 2007.

5 Volker Berghahn: *America and the Intellectual Cold Wars in Europe. Shepard Stone between Philanthropy, Academy, and Diplomacy*, Princeton 2001; Michael Hochgeschwender: *Freiheit in der Offensive? Der Kongress für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, München 1998; Giles Scott-Smith: *Western Anti-Communism and the Interdoc Network. Cold War Internationale*, Basingstoke 2012.

6 Thomas Lindenberger/Marcus M. Payk/Annette Vowinckel (Hrsg.): *Cold War Cultures. Perspectives on Eastern and Western European Societies*, New York 2012.

handelt.⁷ Stadtgeschichtliche Studien zu Berlin tendieren dazu, die Zeit der Teilung als eine schmerzliche, aber vorübergehende Phase darzustellen, und vernachlässigen dabei die Frage, wie die Unberechenbarkeit des Kalten Krieges von den Zeitgenossen wahrgenommen wurde.⁸ Wichtige Untersuchungen zur Präsenz der westlichen Alliierten und ihrer Folgen für die Demokratisierung stammen noch aus der Zeit der deutschen Teilung und sind daher nicht in der Lage, Entwicklungen nach Ende des Kalten Krieges in die Analyse einzubeziehen.⁹ Dieses Buch versteht sich somit als ein Beitrag zu einem wachsenden Forschungsfeld,¹⁰ das diese künstlich voneinander getrennten Bereiche miteinander zu verbinden sucht. Indem es die lokale mit der globalen Perspektive verknüpft, macht es die einzigartigen Verschränkungen sichtbar, die das Berlin der Nachkriegszeit prägten.

Darüber hinaus regt ein scheinbarer Widerspruch zu weiterer Forschung über die frühen Jahre der Bundesrepublik an. In den letzten drei Jahrzehnten haben Historiker die Interpretation der westdeutschen Nachkriegszeit als einer rein restaurativen »Ära Adenauer« zunehmend in Frage gestellt.¹¹ Gleichzeitig haben systematische Forschungen neue Details über die folgenschwere Kontinuität von Altnazi-Netzwerken in den bürokratischen Strukturen der Bundesrepublik zutage gefördert.¹² Studien wie *Das Amt und die Vergangenheit* über frühere Nationalsozialisten im diplomatischen

7 Vgl. Axel Schildt/Detlef Siegfried: Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik von 1945 bis zur Gegenwart, München 2009.

8 Alexandra Richie: Faust's Metropolis. A History of Berlin, New York 1998; David Clay Large: Berlin, New York 2000; Wilfried Rott: Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948–1990, München 2009.

9 Udo Wetzlaugk: Die Alliierten in Berlin, Berlin 1988; Harold Hurwitz: Die Anfänge des Widerstands, Köln 1990; Arthur Schlegelmilch: Hauptstadt im Zonendeutschland. Die Entstehung der Berliner Nachkriegsdemokratie 1945–1949, Berlin 1993.

10 Hanno Hochmuth: Kiezgeschichte. Friedrichshain und Kreuzberg im geteilten Berlin, Göttingen 2017; Stefanie Eisenhuth: Die Schutzmacht. Die Amerikaner in Berlin 1945–1994, Göttingen 2018; Konrad H. Jarausch/Scott H. Krause/Stefanie Eisenhuth (Hrsg.): Cold War Berlin. Confrontations, Cultures and Identities, London 2021.

11 Dieser Richtungswechsel wurde durch kulturhistorische Studien über die Bundesrepublik initiiert, vgl. Axel Schildt (Hrsg.): Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und »Zeitgeist« in der Bundesrepublik der 50er Jahre, Hamburg 1995. Die ersten, früheren Arbeiten zur politischen Geschichte der Bundesrepublik betonten den vorherrschenden Konservatismus dieser Zeit; vgl. Karl Dietrich Bracher: Nach 25 Jahren. Eine Deutschland-Bilanz, München 1970; Wolfgang Benz/Detlev Moos: Das Grundgesetz und die Bundesrepublik Deutschland 1949–1989. Bilder und Texte zum Jubiläum, München 1989.

12 Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996; Patrick Wagner: Hitlers Kriminalisten. Die deutsche Kriminalpolizei und der Nationalsozialismus zwischen 1920 und 1960, München 2002; Eckart Conze et al.: Das Amt

Korps der Bundesrepublik haben sowohl unter Historikern als auch in der breiteren Öffentlichkeit wohlverdiente Aufmerksamkeit gefunden. Das einzigartige deutsch-amerikanische Remigranten-Netzwerk, das in Berlin agierte, stellt in diesem Zusammenhang ein wichtiges Gegenbeispiel dar.

Die Schwierigkeiten, mit denen Flüchtlinge im Exil konfrontiert waren, wurden dokumentiert, seit den ersten Gegnern des NS-Regimes die Flucht aus dem Deutschen Reich gelang. Eine wachsende Zahl von Veröffentlichungen untersucht zwar die Auswirkungen des Exils auf herausragende Vertreter aus Wissenschaft und Kultur wie Theodor W. Adorno, Bertolt Brecht, Fritz Lang, Thomas Mann oder Franz Werfel,¹³ die Exilpolitik selbst gerät dabei aber nur selten in den Blick. Derweil berichteten ehemalige Remigranten in ihren Schriften durchaus von den politischen Spaltungen, die aus den unterschiedlichen Vorstellungen der deutschsprachigen Exilanten über die besten Strategien zur Bekämpfung des Nationalsozialismus und ein Deutschland nach Hitler erwuchsen.¹⁴ In den 1970er Jahren begann eine neue Generation von nach dem Krieg sozialisierten Wissenschaftlern mit umfangreichen Forschungen, die das Bewusstsein dafür schärfen sollten, dass es sich bei den Emigranten um Opfer der Nationalsozialisten gehandelt hatte.¹⁵ Die Rückkehr der Emigranten nach Deutschland und ihre schwierige, oft unvollkommene Reintegration in die dortige Gesellschaft der Nachkriegszeit stoßen seit den 1990er Jahren auf verstärktes Interesse.¹⁶ So hebt Marita Krauss in ihrer prägnanten Überblicksdarstellung zum Wirken der Remigranten in beiden deutschen Nachkriegsstaaten deren »besonderen Erfolg« in der SPD hervor, wie das Beispiel von Willy Brandts

und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010.

13 Zuletzt Gerd Gemünden: *Continental Strangers. German Exile Cinema, 1933–1951*, New York 2014; Jost Hermand: *Culture in Dark Times. Nazi Fascism, Inner Emigration, and Exile*, New York 2013; Ehrhard Bahr: *Weimar on the Pacific. German Exile Culture in Los Angeles and the Crisis of Modernism*, Berkeley 2007.

14 Claus-Dieter Krohn: Anfänge der Exilforschung in den USA. Exil, Emigration, Akkulturation, in: Claus-Dieter Krohn/Erwin Rotermund/Lutz Winckler (Hrsg.), *Exilforschungen im historischen Prozess*, München 2012), S. 1–29. Als Beispiel für diese Forschung vgl. Lewis Joachim Edinger: *German Exile Politics. The Social Democratic Executive Committee in the Nazi Era*, Berkeley, Los Angeles 1956.

15 Claus-Dieter Krohn: Vorwort, in: Krohn/Rotermund/Winckler (Hrsg.), *Exilforschungen im historischen Prozess*, S. xiii.

16 Zu Berlin im Besonderen siehe Siegfried Heimann: Politische Remigranten in Berlin, in: Claus Dieter Krohn/Patrik von zur Mühlen (Hrsg.), *Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands*, Marburg 1997, S. 189–210.

Kanzlerschaft zeigt.¹⁷ Gleichwohl sind die Gründe für diese Erfolgsgeschichten sozialdemokratischer Remigranten nach wie vor unerforscht; vor allem die Bedeutung ihrer Netzwerke und deren transatlantischer Charakter wurden von der Geschichtswissenschaft bislang nicht ausreichend beachtet. Eine Analyse des politischen Einflusses von Remigranten im West-Berlin der Nachkriegszeit vermag diese Forschungslücke zu schließen.

Eine epistemische Gemeinschaft

Dieses Buch untersucht, wie das deutsch-amerikanische Remigranten-Netzwerk das Narrativ vom »Vorposten der Freiheit« entwickelte und popularisierte – ein Prozess, der sich in zwei Schritten vollzog: Zunächst diente das Narrativ dazu, persönliche Erfahrungen der Desorientierung und Entwurzelung im Exil einzuordnen und zu verarbeiten; später, nach dem Krieg, wurde es als ein zentraler ideeller Baustein für den Demokratisierungsprozess in Deutschland propagiert und verbreitet. Indem das vorliegende Buch diesen Prozess analysiert, hilft es bei der Beantwortung der Frage, warum das liberal-demokratische Modell in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft so rasch und nachhaltig auf Akzeptanz stieß. Das für diesen Demokratisierungsprozess so bedeutsame Netzwerk der Remigranten wird dabei als eine *epistemische Gemeinschaft* verstanden.

Die Betrachtung der westdeutschen Nachkriegsgeschichte als Fallstudie einer »Demokratisierung« mit offenem Ende wirft signifikante Fragen auf. Wissenschaftler auf beiden Seiten des Atlantiks haben den Begriff in seiner ersten Bedeutung – als eines der Ziele der US-amerikanischen Besatzungspolitik – in Frage gestellt und ihn stattdessen als einen gesellschaftlichen Lernprozess definiert.¹⁸ Damit haben sie die kulturelle Dimension der Demokratisierung unterstrichen, in der dieser Prozess durch eine Vielzahl sich wandelnder gesellschaftlicher Normen – auch Westernisierung

17 Marita Krauss: Heimkehr in ein fremdes Land. Geschichte der Remigration nach 1945, München 2001.

18 Ulrich Herbert: Liberalisierung als Lernprozess. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: ders. (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002, S. 7–44; Konrad Jarausch: After Hitler. Recivilizing Germans, 1945–1995, Oxford, New York 2006, S. 14.

genannt – gestützt wurde.¹⁹ Eine Interpretation von Demokratisierung als gesellschaftliche Transformation verbindet die für eine adäquate Beschreibung empirischer Entwicklungen notwendige analytische Stringenz mit der Flexibilität, die erforderlich ist, um die vielen Ausdrucksformen dieses Prozesses in Politik, Kultur und Wirtschaft zu erfassen. Vor allem liefert diese Interpretation einen Rahmen für die Beantwortung der Frage, wie es einem Elite-Netzwerk gelingen konnte, auf diesen facettenreichen Prozess Einfluss zu nehmen. Ein solcher Rahmen vermeidet das reduktive Modell eines einseitigen transatlantischen Transfers, in dem die Deutschen nach der nationalsozialistischen Barbarei durch amerikanisches Know-how zur Demokratie zurückgeführt wurden. Das Phänomen eines Netzwerks von Deutschen und Amerikanern, die gemeinsam über Jahrzehnte hinweg daran arbeiteten, ihre Vision von einer antikommunistischen, linksliberalen Demokratie zu propagieren, widersetzt sich derart simplifizierenden Deutungen. Der Einfluss, den dieses Netzwerk ausübte, deutet vielmehr auf eine graduelle Entwicklung hin, die sehr viel ergebnisoffener und an die jeweiligen Umstände gebunden war.

Peter M. Haas hat eine epistemische Gemeinschaft als eine »Reihe von gemeinsamen normativen und prinzipiellen Überzeugungen« definiert, »die eine auf Werten basierende Grundlage für das soziale Handeln« und das »gemeinsame politische Projekt« ihrer Mitglieder liefern.²⁰ In der Politikwissenschaft hat dieses Konzept den Anstoß zu wegweisenden Arbeiten gegeben, die unverzichtbar für das Verständnis der Entstehung und Steuerung europäischer Institutionen sind.²¹ Tatsächlich haben Politikwissenschaftler die Konvergenz kultureller und wirtschaftlicher Normen in Westeuropa als Ergebnis gemeinsamer kulturellen Wertvorstellungen innerhalb informeller transnationaler Netzwerke erklärt.

Im Kontext des Berlins der Nachkriegszeit eignet sich das Konzept der epistemischen Gemeinschaft als Rahmen für die Untersuchung jenes Remigranten-Netzwerks, das im Mittelpunkt dieser Studie steht. Insbesondere

19 Für eine Einführung in den Prozess der Westernisierung siehe Anselm Doering-Manteuffel: *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999.

20 Peter M. Haas: *Introduction. Epistemic Communities and International Policy Coordination*, in: *International Organization* 46 (1992), S. 1–35, hier S. 3.

21 Vgl. Michael Gehler/Wolfram Kaiser/Brigitte Leucht (Hrsg.): *Networks in European Multi-Level Governance. From 1945 to the Present*, Wien 2009; Tanja A. Börzel/Karen Heard-Lauréote: *Networks in EU Multi-level Governance. Concepts and Contributions*, in: *Journal of Public Policy* 29, Special Issue 02 (2009), S. 135–151.

hilft es dabei, unzureichend ausgewertete persönliche Papiere – zum Beispiel durch die Zusammenführung verstreuter Korrespondenz – so effektiv wie möglich zu analysieren. Diese Studie zeichnet zunächst die Erfahrungen des Exils, des Kampfes gegen den Nationalsozialismus und der Desillusionierung mit dem Sowjetkommunismus nach – die Überzeugungsgrundlage, die den deutschen Mitgliedern des Netzwerks trotz ihres unterschiedlichen Hintergrunds gemeinsam war. Im Weiteren untersucht sie das soziale Handeln der Remigranten im Nachkriegsberlin und die diesem Handeln zugrundeliegenden Motive. Und schließlich zeichnet sie ein Bild ihres gemeinsamen politischen Projekts, das darin bestand, Berlins Westsektoren als Vorzeigemodell einer *Cold War Democracy*, der Demokratie des Kalten Krieges, zu präsentieren. Hier eröffnet das Konzept der epistemischen Gemeinschaft die Möglichkeit zu analysieren, wie sich diese nach eigener Beschreibung »antitotalitären« Aktivisten zunächst am unübersichtlichsten Ort der in zwei Lager gespaltenen Nachkriegswelt zurechtfinden und sich dann erfolgreich darin etablierten.

Die Untersuchung dieses Netzwerks von Propagandisten der »Freiheit« trägt auf zweierlei Weise zur Erweiterung des Forschungsstandes bei: Zum einen überwindet es die simplifizierende Vorstellung von Demokratisierung als einem stetigen Transfer kultureller Wertvorstellungen²² von einer frisch gebackenen Supermacht an eine in Scherben liegende Gesellschaft, indem es die Übersetzungsfunktion von Vermittlern kultureller Konzepte wie den Remigranten hervorhebt. Zum anderen beleuchtet es die Herausforderungen, denen sich die politische Linke im Nachkriegsdeutschland gegenüber sah, sowie das Ausmaß, in dem US-amerikanische Amtsträger an der Umstrukturierung einer antikommunistischen Linken in der Bundesrepublik beteiligt waren.

Quellen

Meine Nachforschungen über die Zusammensetzung und Aktivitäten dieses informellen Netzwerks stützen sich auf Archivbestände in den USA, in der Bundesrepublik und in anderen europäischen Ländern. Drei Arten von

²² Zum Konzept eines stetigen Transfers vgl. Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen?*, S. 12 f., 34–47.

Quellen wurden dabei extensiv herangezogen: Erstens das offizielle Aktenmaterial der USA, West- und Ost-Berlins sowie der Regierungen der Bundesrepublik und der DDR, zweitens die Nachlässe der Mitglieder des Remigranten-Netzwerks und drittens die zeitgenössische Medienberichterstattung sowie Akten der Institutionen, die diese Inhalte erstellen.

Zum Zweck eines besseren Verständnisses der Politik der West-Berliner Landesregierung habe ich umfangreiche Nachforschungen in den Akten der Berliner Senatskanzlei im Landesarchiv Berlin angestellt. Bedauerlicherweise sind diese Akten in vielen Fällen sehr unergiebig, was die Befürworter, den Kontext und die Ziele spezifischer politischer Maßnahmen und ihre ebenfalls in Erwägung gezogenen Alternativen betrifft, und dokumentieren lediglich ihre Umsetzung. Dennoch bieten sie Einblicke in die politischen Leitlinien, die von den Mitgliedern des Remigranten-Netzwerks in dem Maße, in dem sie Schlüsselpositionen in der West-Berliner Regierung bezogen, zunehmend klar ausformuliert wurden. Sie umfassen unter anderem Vermerke von und an die Regierenden Bürgermeister Reuter und Brandt sowie Aufzeichnungen aus dem Umfeld der Leiter des städtischen Presse- und Informationsamtes Hans Hirschfeld und Egon Bahr. Letztere erwiesen sich als besonders aufschlussreich im Hinblick auf die politische Instrumentalisierung des Freiheitsnarrativs und darüber, wie es von diesen beiden Männern über unterschiedliche Medienkanäle lanciert wurde.

Auf amerikanischer Seite wurden für diese Studie die Akten der US-Behörden in West-Berlin und ihre Medienaktivitäten im Nachkriegsdeutschland herangezogen, die sich beide in den National Archives in College Park, Maryland befinden. Diese Akten, die die amerikanische Besatzung in ihren unterschiedlichen institutionellen Ausformungen abdecken – vom Amt der Militärregierung (OMGUS) von 1945 bis 1949 über die Hochkommission für Deutschland (HICOG) von 1949 bis 1955 bis hin zu der dem US-Außenministerium unterstehenden amerikanischen Vertretung in Berlin nach 1955 –, liefern wesentliche Belege für die Bemühungen von Amtsträgern, die von ihnen angestrebte Neuorientierung der politischen Wertvorstellungen der Deutschen nach dem Nationalsozialismus mit dem Kalten Krieg gegen die Sowjetunion und deren deutsche kommunistische Verbündete in Einklang zu bringen.

Zur Unterstützung dieses heiklen politischen Balanceakts bauten die amerikanischen politischen Entscheidungsträger einen groß angelegten Medienapparat im Nachkriegsdeutschland auf. Von den USA unterhaltene Einrichtungen wie der RIAS, die von OMGUS' und HICOGs Abteilung für

öffentliche Angelegenheiten (PUB) koordiniert wurden, gingen später an die weltweit im *Cultural Cold War*, der kulturellen Arena des Kalten Krieges, operierende US-Regierungsstelle USIA (Informationsagentur der Vereinigten Staaten) über. Die PUB-Akten unterstreichen die politische Bedeutung der Arbeit dieser US-Organisationen. Während seiner Amtszeit als HICOGs Leiter des Amtes für öffentliche Angelegenheiten von 1949 bis 1952 machte Shepard Stone aus der PUB einen eigenständigen politischen Akteur. Nicht nur schuf er mit seinen zahlreichen Kontaktpersonen in den politischen Eliten der Bundesrepublik eine Vielzahl inoffizieller Kommunikationskanäle, auch wurde er einer der engsten politischen Berater seines Mentors, des amerikanischen Hochkommissars John McCloy. Zusammen betrachtet illustrieren die Akten der amerikanischen Besatzungsbehörden und der Medienorgane deutlich den erstaunlichen Einfluss, den das Remigranten-Netzwerk auf die Gestaltung der Prioritäten der amerikanischen Außenpolitik im Kalten Krieg ausübte. Indem sie das Freiheitsnarrativ propagierten, das bei ihren amerikanischen de jure-Vorgesetzten so starke Resonanz fand, gelang es den deutschen Mitgliedern des Netzwerks schnell, das den Deutschen anhaftende Image als international Geächtete abzuschütteln.

Die Akten der ehemaligen DDR zeichnen ein anderes als das in westlichen Aktenbeständen dokumentierte Bild. Ich habe für diese Studie Akten des Zentralen Parteiarchivs der SED im Bundesarchiv Berlin, der Ost-Berliner Stadtverwaltung im Landesarchiv Berlin sowie des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS, vulgo Stasi) bei der inzwischen im Bundesarchiv aufgegangenen BStU in Berlin eingesehen. Dieses Material erwies sich in zweierlei Hinsicht als sehr aufschlussreich: Erstens gibt es Einblicke in die Reaktionen der DDR auf das Freiheitsnarrativ und ihre widerstrebende Anerkennung der Effektivität dieses Narrativs im Kalten Krieg. Zweitens bestätigen Geheimdienstaufzeichnungen der DDR, dass hinter dem Stillschweigen der West-Berliner Akten zu vielen Schlüsselthemen – von dem die Arbeit der Historiker erschwert wird – berechtigte Gründe steckten. Obgleich der Wahrheitsgehalt der Stasi-Akten oft zweifelhaft ist, sind diese Spionageberichte aus West-Berlin dennoch von fundamentaler Bedeutung für das Verständnis der politischen Spannungen, die das Gewebe der Stadt zerrissen. Im sorgfältigen Abgleich mit West-Berliner und US-Dokumenten und im Kontext betrachtet beleuchten diese Akten sowohl die Bemühungen der DDR, das Freiheitsnarrativ zu konterkarieren, als auch ihre Beunruhigung über dessen Instrumentalisierung durch das Remigranten-Netzwerk.

Die eingehende Untersuchung der persönlichen Nachlässe von Netzwerkmitgliedern erwies sich als effektive Methode zur Rekonstruktion der Zusammensetzung und Ziele des Netzwerks. Vor allem half das Zusammentragen der über Deutschland, Frankreich, Schweden und die USA verstreuten Korrespondenzen dabei, das »Schweigen« der Regierungsakten wettzumachen. Dieses Vorgehen ermöglichte unter anderem Einblicke in die unverblünte Kommunikation zwischen den Mitgliedern des Netzwerks. So zeigen die Papiere Hans Hirschfelds im Landesarchiv Berlin, des RIAS-Direktors Gordon Ewing in der George C. Marshall-Bibliothek in Lexington, Virginia, und Shepard Stones in den Rauner Special Collections am Dartmouth College in Hanover, New Hampshire, in ihrer Zusammenschau, wie die Kampagne zur Bekämpfung des McCarthyismus in West-Berlin koordiniert wurde.

Bei der Analyse der Bemühungen des Remigranten-Netzwerks, das Freiheitsnarrativ über die Massenmedien zu popularisieren, stützt sich diese Studie auf Recherchen in den Akten sowie in den Sendungen des RIAS. Das Deutschlandradio Berlin unterhält ein umfangreiches Archiv von RIAS-Audiodateien und -Programmen, und das Deutsche Rundfunkarchiv in Potsdam-Babelsberg beherbergt den Großteil der internen RIAS-Akten. Darunter befinden sich Schriftwechsel zwischen Netzwerkmitgliedern und RIAS-Journalisten, die einen Einblick in die redaktionelle Politik des Senders geben. Diese vier Quellenbestände liefern ein detaillierteres als das bisher bestehende Bild über den Zusammenhalt des Remigranten-Netzwerks und über den politischen Nutzen, den das Freiheitsnarrativ für die Durchsetzung seiner Ziele hatte.

Zum Aufbau des Buches

Im Anschluss an ein einführendes Kapitel, das die Bedingungen in Berlin nach dem Krieg schildert, ist diese Studie chronologisch aufgebaut. Sie verfolgt die Entwicklung des Remigranten-Netzwerks von seinen Anfängen im von den Nationalsozialisten aufgezwungenen Exil in den 1930er Jahren über die Entwicklung des Freiheitsnarrativs bis hin zum Viermächteabkommen von 1971/72, das einen Eckpfeiler von Willy Brandts Neuer Ostpolitik bildete und den Status quo in Berlin auf unelegante Weise normalisierte. In jedem der sechs Kapitel wird eine neue Entwicklungsphase des Narrativs oder des

Netzwerks untersucht und genauer betrachtet. Insgesamt macht diese Studie sichtbar, dass es einen Weg von der Randexistenz des Exils zu den höchsten Ämtern der Bundesrepublik gab und dass dieser Weg durch West-Berlin führte. Das Buch beleuchtet diesen Weg, den Erfolg, den das Remigranten-Netzwerk in seinen Bemühungen hatte, Kurs gegen die Strömungen des Kalten Krieges zu halten, und die US-amerikanische Unterstützung, die es dafür gewinnen konnte.

I. Berlin, Hauptstadt der Ruinen, 1945–1948

Als Franz Neumann am Morgen des 24. April 1945 im Berliner Ortsteil Wittenau aufwachte, sah er Panzer der Roten Armee auf den Straßen. Über Nacht war das »Tausendjährige Reich« aus diesem Teil des Nord-Berliner Bezirks Reinickendorf verschwunden. Neumanns Erleichterung war größer als jegliche Unsicherheit über die Zukunft. Der gelernte Schlosser, Jahrgang 1904, war in der Berliner Arbeiterbewegung verwurzelt. Im Zuge der Revolution von 1918 hatte er sich der SPD-Jugendorganisation angeschlossen, der Sozialistischen Arbeiter-Jugend (SAJ). Seine Leidenschaft für Basispolitik machte ihn in den Jahren der Weimarer Republik zum Vollzeit-Aktivisten und schließlich zum Spitzenkandidaten der Reinickendorfer SPD bei den letzten freien Kommunalwahlen im März 1933. Nach der Machtübernahme der NSDAP wurde er sofort von den Nationalsozialisten ins Visier genommen, zu 30 Monaten Gefängnis verurteilt und im berühmten Columbia-Haus gefoltert, einem provisorischen Konzentrationslager, das später für den Ausbau des Flughafens Tempelhof abgerissen wurde. Nach seiner Entlassung im Jahr 1935 stellte er sein offenes politisches Engagement ein und verdiente seinen Lebensunterhalt als Metallarbeiter in einer Fabrik.¹

Nach der Befreiung Berlins 1945 setzte sich Neumann trotz aller Widrigkeiten einer zerstörten Stadt erneut aktiv für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in seinem Umfeld ein. Er nahm sofort Kontakt mit alten sozialdemokratischen Genossen auf, um das Nötigste zum Leben zu beschaffen und Beziehungen zu den sowjetischen Besatzern aufzubauen. Mit Hilfe örtlicher Kommunisten überzeugte Neumann die Sowjets vom sozialistischen Charakter seiner Wohnungsgenossenschaft. Er beschaffte und stellte Schilder auf, auf denen in deutscher und russischer Sprache zu lesen war, dass seine Wohngegend aus »sozialistische[n] Arbeiterwohnungen« bestehe – womit die Nachbarschaft fortan von jeglichen sowjetischen Vergel-

1 Für eine Biografie Neumanns siehe Hurwitz, Die Anfänge des Widerstands, S. 20–23. Zu Neumanns Internierung siehe »OdF-Verfahren Franz Neumann« 1946/1945, C Rep 118–01, A 2138, Landesarchiv Berlin.

tungsmaßnahmen ausgenommen war.² Mit diesem entschlossenen Einsatz gelang es Neumann, sowohl die einst dominierende Berliner SPD als auch seine eigene politische Karriere wiederzubeleben.

Aber Wittenaus erstaunlich reibungsloser Übergang zum Frieden war eine Ausnahmeerscheinung: In weiten Teilen der Stadt fand das NS-Regime erst nach heftigen Kampfhandlungen ein Ende. Die konstruktive Zusammenarbeit, die Neumann in Wittenau zwischen sowjetischen Besatzern, deutschen Kommunisten und Sozialdemokraten im April 1945 erlebte, ließ nicht ahnen, dass er innerhalb eines Jahres zu einem der exponiertesten Kritiker der Sowjetunion in Berlin avancieren sollte: Als Verteidiger der Unabhängigkeit der Berliner SPD gegen einen von der UdSSR geplanten kommunistischen Übernahmeversuch gelangte Neumann rasch zu großer Bekanntheit. Die amerikanischen, britischen und französischen Truppen, die West-Berlin bald in eine liberal-demokratische Enklave verwandeln sollten, trafen erst acht Wochen nach den Sowjets ein. Und auch die hier im Fokus stehenden Propagandisten der Freiheit, die die politische Kultur West-Berlins in den kommenden Jahren entscheidend prägen sollten, waren noch nicht aus dem Exil zurückgekehrt. Als sie schließlich nach und nach in Berlin ankamen, mussten sie sich mit den vielfältigen Konsequenzen der Ereignisse des Frühjahrs 1945 auseinandersetzen. Mehr noch, die turbulenten Entwicklungen in Berlin zwischen 1945 und 1948 veranlassten die Mitglieder des Netzwerks zur verstärkten Zusammenarbeit.

Als Neumann und seine Genossen im April 1945 in Reinickendorf mit dem Wiederaufbau begannen, hatte das »Dritte Reich« noch nicht kapituliert, obwohl seine Niederlage längst besiegt war. Gerade hatte die Schlacht um Berlin im zentralen Stadtteil Mitte in voller Stärke begonnen.³ Adolf Hitler und sein persönlicher Stab verschanzten sich im Bunker unter der Reichskanzlei und machten verzweifelte Schlachtpläne für bereits überrannte Stellungen. Zwei sowjetische Armeegruppen waren im Anmarsch auf das Stadtzentrum, um das Gebiet innerhalb der Ringbahn einzukesseln. Die Wehrmacht trieb hastig ein Aufgebot an Verteidigern zusammen, während um-

2 Hurwitz, *Die Anfänge des Widerstands*, S. 23 f.

3 Die Schlacht um Berlin hat den Anstoß zu zahlreichen populärwissenschaftlichen Darstellungen gegeben, darunter Antony Beevor: *The Fall of Berlin, 1945*, New York 2003. Zum breiteren Kontext der Ostfront siehe Richard Lakowski: *Der Zusammenbruch der deutschen Verteidigung zwischen Ostsee und Karpaten*, in: Rolf-Dieter Müller (Hrsg.), *Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945 (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 10)*, München 2008, S. 491–679.

herziehende SS-Kommandos mutmaßliche Deserteure und »Defätisten« ermordeten.⁴

Marschall Georgi Schukow konnte mehr als 2,5 Millionen Soldaten und 6.200 Panzer aufbringen, aber dennoch musste er den größten jemals durchgeführten Angriff auf eine Stadt anordnen, um die Niederlage des »Dritten Reiches« zu vollenden.⁵ Der Verlust an Menschenleben und materiellen Gütern in der Schlacht auf den Straßen Berlins war immens. Die westlichen Alliierten hatten die Stadt bereits in den Jahren zuvor durch Luftangriffe zermürbt; der nun geführte Häuserkampf trug zur weiteren Verwüstung von Wohnvierteln bei. Die Innenstadt wurde besonders stark zerstört: 70 Prozent der Gebäude wurden irreparabel beschädigt. Nach dreiwöchigen Gefechten verzeichnete die sowjetische Armee 352.475 Tote, während die Zahl toter Soldaten auf deutscher Seite Schätzungen zufolge zwischen 92.000 und »mit Sicherheit weit über 100.000« lag.⁶ Als sowjetische Kommandosoldaten die verkohlten Leichen von Adolf Hitler und Joseph Goebbels in der Ruinenlandschaft fanden, war mit der Schlacht um Berlin auch der Krieg in Europa faktisch beendet.

Für die in Berlin zusammengedrängten 4,43 Millionen Menschen war das apokalyptische Ende des »Dritten Reiches« eine ambivalente Befreiung. Zwar bedeutete der Zusammenbruch des NS-Regimes für die Berliner eine Rückkehr zum Frieden, aber nach Jahren des deutschen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion waren sie nun den Vergeltungsmaßnahmen der Roten Armee ausgesetzt. Für Tausende sogenannter Fremdarbeiter – aus ganz Europa verschleppte Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen – bedeutete der sowjetische Sieg zwar das Ende ihrer Ausbeutung für die nationalsozialistische Kriegsmaschinerie, aber in der Mehrzahl galten diese Zwangsarbeiter, die aus von der UdSSR beanspruchten Gebieten stammten, den Sowjets als Verräter und wurden entsprechend behandelt.

Am 9. Mai 1945, dem Tag der offiziellen Kapitulation NS-Deutschlands in Berlin-Karlshorst, ahnten weder die Berliner noch die sowjetischen Sieger oder die westalliierten Beobachter, dass auf die Stadt eine neue Rolle im Brennpunkt weltpolitischer Auseinandersetzungen wartete. Berlin, zu jener Zeit die drittgrößte Stadt der Welt, war schlicht die Trophäe der Sowjets im

4 Large, Berlin, S. 361.

5 Norman Naimark: *The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation, 1945–1949*, Cambridge, MA, 1995, S. 11.

6 Lakowski, *Der Zusammenbruch der deutschen Verteidigung zwischen Ostsee und Karpaten*, S. 657, 673.

Krieg gegen das nationalsozialistische Deutschland. Die USA, die im Laufe der folgenden Jahre eine emotionale Beziehung zu der Stadt entwickeln sollten, hatten noch keine Kampftruppen vor Ort; die nächsten Stellungen der US-Armee befanden sich in Dessau am linken Elbufer, etwa 130 Kilometer südwestlich von Berlin.⁷ Tatkräftige, durch und durch demokratische Führungspersönlichkeiten wie Franz Neumann waren dünn gesät, und so gab es kaum Anzeichen dafür, dass in den Straßen Berlins bald ein Kampf um die Demokratie im Nachkriegsdeutschland ausgetragen werden sollte.

Dieses Kapitel gibt einen Überblick über die turbulenten Nachkriegsjahre der Stadt. In den drei Jahren zwischen der Schlacht um Berlin im April 1945 und der im Juni 1948 beginnenden sowjetischen Blockade der Westsektoren wandelte sich die Metropole von einem sowjetischen Symbol des Sieges über den Nationalsozialismus zu einem Brennpunkt des rasch eskalierenden Kalten Krieges. Diese einzigartigen Nachkriegsumstände ermöglichten es dem Remigranten-Netzwerk, Hitlers Reichshauptstadt als Vorposten der Freiheit neu zu erfinden. Zur Erklärung dieser Entwicklung beleuchtet dieses Kapitel, wie die Sieger ein gewisses Maß an städtischem Alltagsleben wiederherstellten, welche Auswirkungen die sich zunehmend verschlechternden Beziehungen der Alliierten untereinander auf Berlin hatten und warum es die Mitglieder des Netzwerks im Sog des beginnenden Kalten Krieges als leidenschaftliche Verfechter der Freiheit in die westlichen Sektoren der Stadt zog.

1. Entscheidungen in Potsdam, Juli 1945

Mit dem sowjetischen Sieg in Berlin war der Krieg in Europa beendet, aber über die Friedensbedingungen gab es keine Klarheit. Um eine gemeinsame Grundlage zu finden, trafen sich die Staatshäupter der »Großen Drei« vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im Potsdamer Schloss Cecilienhof. Die Konferenz markierte den Übergang vom Krieg zu einem scheinbaren Frieden für die Welt. Die dort aufgeworfenen strittigen Fragen unterstrichen die zentrale Bedeutung, die der Berlinpolitik in der gespaltenen Welt des aufziehenden Kalten Krieges bald zukommen sollte.

7 John Zimmermann: Die deutsche militärische Kriegsführung im Westen 1944/45, in: Rolf-Dieter Müller (Hrsg.), *Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945* (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 10), München 2008, S. 467 f.